Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **96 (2005)**

Heft 12

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

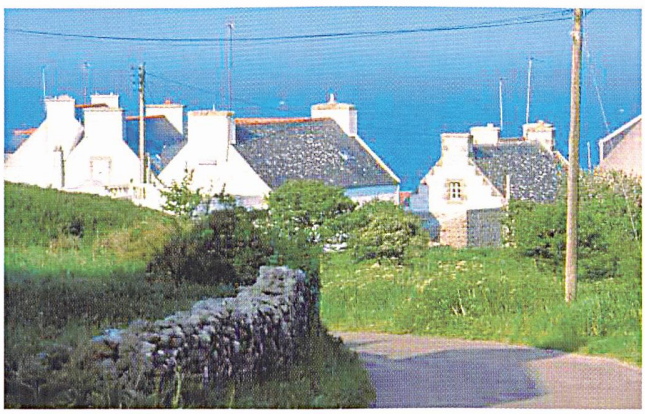
Strombedarf Chinas wächst 2005 rasant

Montage eines Transformators in Shanghai.

(d) Die Stromerzeuger in China können nach Behördenangaben mit dem wachsenden Bedarf der Wirtschaft des Landes kaum Schritt halten. Der Elektrizitätsbedarf werde 2005 um weitere 12% zunehmen nach einem Anstieg von 14,8% im Jahr 2004.

Frankreich: Steuererleichterungen für Erneuerbare

(so) Die steuerlichen Massnahmen zugunsten der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung, die im so genannten Klimaplan angekündigt wurden, sind jetzt fester Bestandteil des französischen Finanzgesetzes 2005. Der Steuerkredit für Ausgaben bei der Ausstattung des Hauptwohnsitzes sei nun auf effiziente Geräte ausgerichtet (15% bis 25%) und unterstütze besonders die solare Warmwasseraufbereitung (40%) sowie andere Vorrichtungen, die erneuerbare Energien nutzen. Jeder könne von diesem Steuerkredit profitieren, sei er nun steuerbefreit oder nicht, heisst es in einer Mitteilung der französischen Organisation für Umwelt- und Energiewirtschaft (ADEME). Diese fiskalischen Anreize seien von grosser Bedeutung, denn auf das Konto des Energieverbrauchs in Wohnungen gingen 25% der Treibhausgasemissionen.



Französische Haushalte sollen Energie sparen (Dorf in der Bretagne; Foto: Frédéric de La Mure).

Weltweiter Klimaschutz: Sofortiges Handeln spart hohe Kosten

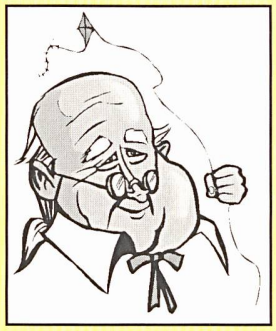
(diw) Die Industrieländer müssten dringend Massnahmen einleiten, um ihre Treibhausgasemissionen umgehend zu senken. Ohne klimaschutzpolitische Massnahmen sei im Jahr 2100 mit globalen Klimaschäden von bis zu 20 Bill. US-Dollar zu rechnen, so ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Wenn erst in 20 bis 30 Jahren mit diesen Massnahmen begonnen würde, sei eine Überschreitung der Temperaturgrenze von 2 °C oder mehr nicht zu verhindern. Dieser Temperaturanstieg würde irreversible Klimaschäden verursachen.

Überdies dürften die Kosten einer heute beginnenden Klimaschutzpolitik geringer sein als die drastischen Massnahmen, die in 20 Jahren ergriffen werden müssten. Die Kosten aktiver Klimaschutzpolitik, die heute beginnt, würden global etwa 430 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und rund 3 Bill. US-Dollar im Jahre 2100 betragen. Eine Klimaschutzpolitik, die erst im Jahre 2025 einsetzt, würde Mehrkosten von bis zu 50 Mrd. US-Dollar im Jahre 2050 und 340 Mrd. US-Dollar im Jahre 2100 bedeuten. Es könnten globale Klimaschäden im Jahr 2100 in der Höhe von bis zu 12 Bill. US-Dollar vermieden werden, wenn möglichst rasch mit aktiver Klimaschutzpolitik begonnen würde.

Prévisions de l'AIEA sur l'énergie nucléaire revues à la hausse

(fns) L'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) a revu nettement à la hausse ses prévisions sur la pro-

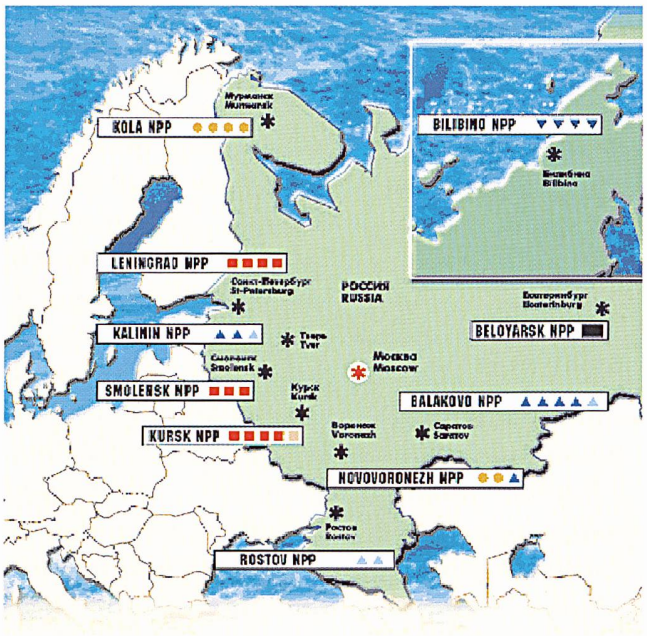
Der Blitzableiter



Abgehoben?

Die «Zukunftsmaschine» ETH feiert ihr 150-Jahr-Jubiläum. In einer Fülle von Schriften und Reden werden Geschichten, Realitäten und Visionen präsentiert. So zum Beispiel: «Die ETH hat sich in den letzten Jahren zu einer naturwissenschaftlich-technischen Universität gewandelt, deren Angehörige die Gesetze von Angebot und Nachfrage bestens kennen, die wissen, wo sich ihnen die Absatz- und Konsummärkte der Information am leichtesten erschliessen, und wie sie als Expertinnen und Experten des self management oder des change management auftreten können.» Oder «Die Angehörigen der ETH prägen dabei noch radikaler die Zukunft, als es sich die Gründer des Polytechnikums je hätten träumen lassen. Immer mehr geht es in der Leitung der Hochschule um weitreichende und zukunftsgerichtete Entscheidungen. Dies hängt damit zusammen, dass die universitäre Forschung von der Anwendungsorientierung der Fachhochschulen klar unterscheidbar bleiben muss. Sie beschäftigt sich daher mit Dingen, die sich in immer fernerer Zukunft als industrialisierbar erweisen werden.» Slogans dazu sind «Geist statt Materie» oder «Information statt Energie». Dies erinnert mich an die berühmte «Internet-Blase» vor einigen Jahren. Schon vergessen?

B. Frankl



La Russie prévoit de doubler sa puissance nucléaire installée (centrales nucléaires en Russie).

duction d'électricité à escompter dans les pays utilisant l'énergie nucléaire. Mohammed ElBaradei, le directeur général de l'AIEA, a déclaré qu'avec une évaluation conservatrice, la puissance nucléaire disponible dans le monde devrait passer de 367 GW actuellement à 430 GW d'ici 2020. Par rapport aux prévisions de 2000, ceci correspond à 127 centrales nucléaires supplémentaires de 1000 MW.

Plus de 500 centrales nucléaires devraient ainsi être en service en 2020, ce qui signifie une légère augmentation de 16 à 17% de la part du nucléaire dans la production mondiale d'électricité. M. ElBaradei a justifié cette correction vers le haut par le Protocole de Kyoto, entré en vigueur récemment, et par le fait que divers pays procèdent à une extension de leur programme d'énergie nucléaire. C'est ainsi que, comme l'a rappelé le directeur général de l'AIEA, la Chine prévoit de sextupler d'ici 2020 sa puissance nucléaire installée, et la Russie de la doubler.

800 GW für 800 Mio. Menschen

(vö/ee) Beim EU-Russland-Gipfel am 10. Mai stand die Prüfung zu Fortschritten betreffend Partnerschafts- und Kooperationsabkommen auf der Tagesordnung. Zentrales Thema bildete hierbei die Möglichkeit zur synchronen Verbindung des westeuropäischen Stromnetzes der UCTE mit dem IPS/UPS-System, dem Verbundnetz der früheren Sowjetunion. Diese wird in einer sich über drei Jahre erstreckenden gemeinsamen Untersuchung erkundet werden. Durch einen Zusammenschluss entstünde ein Stromversorgungssystem mit rund 800 GW Kraftwerksleistung, in dessen Bereich etwa 800 Mio. Menschen leben.

Weltweite Handelsregeln auch auf dem Energiesektor angestrebt

(ee/vö) Im Rahmen von «Energy Weeks» veranstaltete die WTO (World Trade Organisation) eine Reihe von Veranstaltungen in Genf, an der auch Eurelectric-Vertreter auf Einladung der Europäischen Kommission teilnahmen. Zum ersten Mal seit der Gründung der WTO wurde unter den 148 Mitgliedern diskutiert, die weltweiten Handelsregeln auch auf den Energiesektor auszudehnen. Der Beginn der Verhandlungen begann im Jahre 2000 unter dem WTO-Dienstleistungs-Abkommen (General Agreement on Trade in Services, GATS) im Zuge der weltweiten Liberalisierung der Energiemärkte.

EU genehmigt weitere Übernahme

(ee/vö) Die Europäische Kommission hat die geplante Übernahme des slowakischen Stromversorgers Slovenske Elektrarne durch die italienische Enel gemäss der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es keine Überschneidungen zwischen den Aktivitäten der fusionierenden Unternehmen gibt, so dass die Übernahme keine nennenswerte Beschränkung des Wettbewerbs nach sich zieht.

Deutsche Stromrechnung 4% höher

Ein Drei-Personen-Musterhaushalt zahlt in Deutschland im Jahr 2005 monatlich rund 54 Euro für Strom. Die Rechnung fällt damit im Bundesdurchschnitt knapp 4% höher aus als im Vorjahr, ermittelte der VDEW. Der Anstieg falle deutlich geringer aus als der Preisauftrieb anderer Energien, die bis zu einem Drittel teurer wurden. Der reine Strompreis – vor Steuern und Abgaben – betrage beim Musterhaushalt rund 33 Euro im Monat. Dieser Betrag liegt 2005 immer noch rund 12% unter dem Wert von 1998 zu Beginn des Wettbewerbs im Strommarkt.

Der monatliche Betrag für Steuern und Abgaben sei dagegen seit 1998 von gut zwölf auf 21 Euro gewachsen. Diese staatlichen Belastungen machen rund 40% der Stromrechnung des Musterhaushalts aus.

Grundsatzstreit um Ökostromförderung

(v/a) Die deutsche Stromwirtschaft will die Förderung erneuerbarer Energien ändern und hat damit einen neuen Grundsatzstreit in der Branche und mit der Politik ausgelöst. Statt starrer Einspeisevergütungen sollte Ökostrom besser durch ein Zertifikatehandelsmodell ähnlich wie beim Emissionshandel gefördert werden, sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des VDEW, Roger Kohlmann laut Agenturmeldung.

Der Bürger bezahle auf verschiedensten Wegen für den Klimaschutz. Er habe ein Recht darauf, dass dieses Geld möglichst effizient eingesetzt werde, das heisst, dass er pro eingesetzten Euro möglichst viel Klimaschutz bekomme. Allein die Kosten für die Förderung der Windenergie betrügen derzeit 2,4 Milliarden Euro pro Jahr – mit steigender Tendenz. Damit würden sie in absehbarer Zeit die Subventionen für die Kohleförderung übertreffen, so der deutsche Branchenverband VDEW.

Zu viel Geld für Windenergie (Bild Hessenenergie)?

Nach Unterzeichnung der Deklaration (v.l.): Prof. Dr. Klaus Töpfer (Schirmherr der Kampagne), Jürgen Trittin (Bundesumweltminister), Johannes Lackmann (Präsident des BEE).

200 Mrd. für erneuerbare Energien?

(bee) Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien wollen in den nächsten 15 Jahren in Deutschland 200 Milliarden Euro investieren. Das kündigte die Branche im Beisein von UN-Generaldirektor Klaus Töpfer und Bundesumweltminister Jürgen Trittin an. Bis heute habe die Branche bereits 130 000 Arbeitsplätze geschaffen. Im Jahr 2020 sollen es mehr als eine halbe Million sein. Töpfer: «Mit dem Aufbau des neuen Industriezweiges hat Deutschland sich eine Vorreiterrolle im internationalen Vergleich gesichert.» Trittin: «Die erneuerbaren Energien stärken den Energiestandort Deutschland und machen unsere Energieversorgung zukunftsfähig.»

Die Unterzeichnung der Branchenziele war Höhepunkt der Auftaktveranstaltung zur bundesweiten Kampagne «Deutschland hat unendlich viel Energie». In einer auf drei Jahre angelegten Informationskampagne will die Erneuerbare-Energien-Branche überparteilich über Hintergründe und Zukunftsperspektiven informieren.

Ukraine plant elf weitere Kernkraftwerke

(a) Die Ukraine beabsichtigt, zusätzlich zu den zwei bereits geplanten Kernreaktoren elf weitere zu bauen. Dies solle bis zum Jahr 2030 geschehen, teilte die staatliche Atombehörde in Kiew mit. Von den 15 Reaktoren, die derzeit in Betrieb seien, könnten die ältesten nur noch bis zum Jahr 2011 genutzt werden. Die beiden Reaktoren, deren Bau bereits im vergangenen Jahr angekündigt worden war, sollten auf dem Gelände des Kernkraftwerks Chmelnizki im Westen des Landes entstehen. In der Ukraine stammt fast die Hälfte des erzeugten Stroms aus der Atomkraft.

Steigender Strombedarf in der Ukraine (Kiew).

Neue Marktchancen für «Powerline»

(euk) Die Nutzung von Stromleitungen für die Bereitstellung billiger Breitband-Internetzugänge wird dank einer neuen Empfehlung der Europäischen Kommission einfacher werden. Die Empfehlung richtet sich an die Mitgliedstaaten und dient der Klarstellung der Regeln für die Übertragung elektronischer Kommunikationsdaten über elektrische Stromleitungen. Durch diese Marktöffnung für neue Betreiber, die schnelle Breitband-Internetverbindungen über das Stromnetz anbieten wollen, möchte die Kommission den Wettbewerb ankurbeln. Bisher konnte sich der Internetzugang über Stromleitungen erst in wenigen Ballungsgebieten etablieren, das Potenzial ist aber erheblich, denn EU-weit gibt es mehr als 200 Millionen Stromleitungen, die direkt in Haushalten, Schulen und Unternehmen enden.

Durch die EU-weite Liberalisierung der Energiemärkte erhalten die Stromversorgungsunternehmen neue Möglichkeiten, um ihre vorhandenen Versorgungsnetze und Stromleitungen zum Aufbau alternativer Breitbandzugänge zu nutzen. In vielen Fällen stellte die Unsicherheit hinsichtlich der Regeln für diesen Markt eine Markteintrittschranke dar. Um für klare Regelungen zu sorgen, hat die Kommission diese Empfehlung und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen zuvor ausführlich mit den EU-Mitgliedstaaten erörtert. Nach der Kommissionsempfehlung sollen die Mitgliedstaaten alle ungerechtfertigten rechtlichen Hindernisse beseitigen, die insbesondere die Energieversorgungsunternehmen vom Aufbau solcher Breitbandkommunikationssysteme über Stromleitungen abhalten.

Stromleitungen zum Aufbau alternativer Breitbandzugänge.

Versorgungssicherheit und Preisstabilität

(vö) Unter der Schirmherrschaft der Internationalen Atomenergiebehörde fand Ende März in Paris die Internationale Ministerkonferenz «Nuclear Power for the 21st Century» statt, an der Experten aus 74 Ländern und 10 internationalen Organisationen teilnahmen. Im Mittelpunkt stand die Diskussion zur Zukunft der Kernenergie, insbesondere in Hinblick auf Sicherstellung der Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Erfüllung von sozialen Bedenken und Erwartungen. Im Schlussstatement wurde darauf hingewiesen, dass sich die Technologie bewährt hat, keine Treibhausgase verursacht und zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität beiträgt.

Bulgarien will neues Kernkraftwerk

(d) Die bulgarische Regierung hat den Bau eines zweiten Kernkraftwerkes an der Donau beschlossen. Die Inbetriebnahme des ersten Reaktorblocks ist für 2011 geplant. Anfang Mai wurde eine Ausschreibung für die Ausführung des Kraftwerkes mit insgesamt bis zu 2000 Megawatt Leistung eingeleitet.